

BRAUCHEN WIR MEHR BUTTER ODER MEHR KANONEN?

Europa rüstet auf. Die europäischen NATO- Mitglieder haben sich verpflichtet, 5 % ihres Bruttonationalprodukts für das Militär auszugeben. Obwohl schon Präsident John F. Kennedy die europäischen Partner aufgefordert hat, mehr für ihre Verteidigung zu tun, hat Präsident Donald Trump nun auf seine Art erreicht, dass die Europäer der amerikanischen Forderung nachkommen. Der deutsche Bundeskanzler Friedrich Merz hat in seiner Regierungserklärung dargelegt, dass die deutsche Bundeswehr die „stärkste konventionelle Macht“ in Europa werden muss. Der britische Verteidigungsminister John Healey will die Rüstungsindustrie seines Landes massiv ausbauen. Der Generalstabschef der französischen Streitkräfte, General Fabien Mandon, hat erklärt, „Frankreich muss darauf vorbereitet sein, im Konflikt mit Russland seine Kinder zu verlieren“. Manche, wie der polnische Ministerpräsident, erklären, dass wir uns bereits im Dritten Weltkrieg befinden; andere sagen, wir steuern darauf hin.

Dabei sind die Europäer, gerade im Vergleich mit Russland, militärisch nicht schlecht aufgestellt: Die Europäische Union verfügt, zusammen mit dem Vereinigten Königreich, über 2 Millionen aktive Soldaten; Russland hingegen höchstens über 1 300 000. Darüber hinaus können die Europäer auf bis zu 3 Millionen Reservisten zurückgreifen, Russland höchstens auf 2 Millionen. Auch bei den Kampfpanzern sind die Europäer mit 6000 Stück den Russen mit höchstens 3000 weit überlegen. Einen Vorteil gibt es, nach dieser Aufstellung, für Russland bei den Artillerie- Systemen, wo das Kräfteverhältnis 20 000 zu 12 000 beträgt. Hingegen hat Europa mit 2000 Kampfflugzeugen mehr und modernere Jets als Russland (1200). Auch bei der Marine ist das Kräfteverhältnis sehr eindeutig auf der Seite der Europäer, etwa im Bereich der Flugzeugträger. Allerdings verfügen Frankreich und Großbritannien nur über 500 Atomwaffen; Russland hingegen über 5500. Insgesamt betragen die Militärausgaben der Europäer jährlich etwa \$ 400 Milliarden; jene Russlands offiziell \$ 120 Milliarden. Klar ist, dass nicht nur diese Zahlen die Einsatzbereitschaft eines Militärs widerspiegeln, es geht sehr wohl auch um die Kommando- Struktur, sowie um die Einsatzbereitschaft. Diesbezüglich besteht zweifellos bei den 27 europäischen Armeen eine große Möglichkeit, diese zu verbessern. (Diese Zahlen basieren auf einer Darstellung der französischen Publikation Le Point 2026-Le temps des predateurs).

Die nunmehr ausgebrochene Kriegshysterie wird immer wieder angefacht von Meldungen des „britischen Geheimdienstes“, wonach „Putin“ plant, in einigen Jahren in Europa einzumarschieren. Manchmal hat man den Eindruck, die Engländer haben den Russen nie verziehen, dass sie ihr eigenes Empire verloren haben. Dabei ist die offizielle Propaganda in sich höchst widersprüchlich. Einerseits wird den Russen vorgeworfen, dass ihre Armee korrupt und inkompetent ist, was dadurch zum Ausdruck kommt, dass in einem Jahr nur ein Prozent des ukrainischen Territoriums eingenommen werden kann. Andererseits wird behauptet, „Putin“ würde umgehend nach Lissabon durch- marschieren, würden ihn die tapferen Ukrainer nicht aufhalten. Im Programmheft zum Stück „Die letzten Tage der Menschheit“ kann man lesen: „In der Neuen Freien Presse sieht Karl Kraus das perfekte

Beispiel für eine bürgerliche- liberale Zeitung, die sich mit der Macht arrangiert, legitimiert und dabei vorgibt, objektiv zu berichten“. Hat sich seither etwas geändert?

Wenn gefordert wird, wir brauchen eine Kriegswirtschaft, muss man wissen, was das bedeutet. Soll unser Welfare-State in einen Warfare-State umgewandelt werden? Der unlängst in Washington von der Regierung Trump vorgelegte Budgetvorschlag für 2027 zeigt, wo in den USA die Prioritäten liegen: die Militärausgaben sollen im nächsten Jahr bei \$ 1500 Milliarden liegen, was eine Steigerung um 44 % in einem Jahr bedeutet. Die Ausgaben für Erziehung und Bildung, die ohnehin nur \$ 76,5 Milliarden betragen, werden hingegen um 3 % gekürzt. Nun ist es richtig, dass in den Vereinigten Staaten die Ausgaben für Bildung primär von den Kommunen getragen werden. Aber auch das Bundesbudget zeigt sehr deutlich, welche Gesellschaft man haben will (New York Times April 10th 2026). In jenen Bereichen, die die Daseinsvorsorge betreffen, wird in den USA primär der einzelne Bürger belastet. Ein College kann durchaus \$ 30.000 im Semester kosten. 27 Millionen Menschen haben immer noch keine Krankenversicherung. 1,2 Millionen Privatpolizisten müssen angestellt werden, weil die öffentliche Hand die Sicherheit nicht gewährleisten kann. (In dieser Zahl sind die Sicherheitskräfte, die in vielen Häusern Manhattans und in anderen Großstädten angestellt sind, nicht einbezogen.) In den Ländern Europas ist der Staat bemüht, die Grundlagen für die persönliche Lebensqualität zu schaffen, in den USA nicht.

Angesichts des derzeitigen Kriegsgeschreis sollte man auch eines bedenken: Kein Krieg der USA in den letzten zwei Generationen hat das erhoffte Ergebnis gebracht, weder der in Vietnam, noch der in Afghanistan, noch die Libyen-Intervention. Es wird immer schwieriger, im Informationszeitalter Menschen mit Gewalt den eigenen Willen aufzuzwingen. Das europäische Friedensmodell hat sehr gut funktioniert, dennoch sind wir dabei, das amerikanische Modell zu übernehmen, wonach der Grundsatz gilt „Foreign Policy without the backing of the Military, is like a Base-ball Game without a Base-ball Bat“. Krieg ist ein integraler Teil der amerikanischen Außenpolitik, in Europa hat diesbezüglich ein fundamentales Umdenken stattgefunden. In Europa ist es uns nach dem Zweiten Weltkrieg gelungen, auch die Außenpolitik zur Förderung des Wohls der Bürger einzusetzen. Aus Konfrontation wurde Kooperation, aus Warfare wurde Welfare. Nunmehr soll dieses Modell wieder auf den Kopf gestellt werden.

Es soll kein Zweifel daran bestehen, dass das österreichische Bundesheer die zur Sicherung unseres Landes notwendigen Mittel bekommt. Hingegen geht es den USA# nicht um eine defensive Sicherheit, sondern darum, mit militärischen Mitteln die weltweite Vorherrschaft aufrecht zu erhalten. Die Europäer werden angehalten, dazu ihren Beitrag zu leisten. Aus diesem Grund wurde, wie auch Präsident Donald Trump betonte, das „Department of Defense“ in „Department of War“ umbenannt. Das ist durchaus legitim, aber müssen wir dabei mitziehen? Unser Wohlfahrtsstaat kann zweifellos in einen oder anderen Bereich modifiziert werden, aber eine Kriegswirtschaft brauchen wir deshalb nicht.

() Dr. Wendelin Ettmayer; ehemaliger Abgeordneter zum Nationalrat; österreichischer Botschafter in Finnland/Estland; Kanada/Jamaika und beim Europarat; Autor
www.wendelinettmayer.at*